Zeitschrift: Frauenbestrebungen

Herausgeber: Union für Frauenbestrebungen (Zürich)

Band: - (1913)

Heft: 6

Artikel: II. Generalversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht : am 17. Mai 1913 in Genf

Autor: L.L.-B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-326024

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sogar die weiblichen. Unsere fortgeschrittenen politischen Einrichtungen sind für uns Frauen eigentlich eine Hemmung. Unsere Männer besitzen, was sich die andern noch wünschen — wir „nützen“ ihnen also nichts, wenn wir schon mittun — so steht auch hier das Nützlichkeitsprinzip im Vordergrund. Aber wenn die deutschen Frauen schon als Mitglieder in Männerparteien aufgenommen sind, so ist das noch lange kein Grund zu glauben, dass sie dadurch näher am Ziele sind als wir — es ist nur ein Beweis dafür, dass man eher geneigt ist, etwas zu teilen, was man noch nicht hat, als etwas, das man als Alleingut zu betrachten gewohnt ist! — Mit aller Deutlichkeit ist aber wahrzunehmen, dass in Deutschland alle Parteien um die Mitarbeit der Frauen werben, und dass dadurch die Erreichung ihres Zieles durch alle Parteien gefördert wird. Bis jetzt ist mir bei uns ein Fall bekannt geworden, wo in einer ostschweizerischen Stadt die freisinnig-demokratische Partei eine Stimmrechtsvereinigung angefragt hat, ob sie im Dienste der Partei arbeiten würde — letztere würde dann auch die Stimmrechtszwecke des Vereins zu fördern suchen. So verlockend das Angebot war, so hat die junge Verbindung die Anfrage ablehnend beantwortet, in der Erwägung, dass sie mit einem solchen Schritt ihre Kräfte zerzplittere, dass sie sozialistische und katholische Mitglieder verlieren würde, und dass sie vorerst darnach trachten müsse, alle Kreise für die Frauensache zu gewinnen. Und damit, geehrte Versammlung, komme ich auf die grossen Gefahren zu sprechen, die in einer Parteiteilnahme liegen können.

Ist es uns möglich, mit unserer ganzen Kraft der Frauensache zu dienen und doch den Männerparteien zu nützen? Wir haben dafür nur das Beispiel der Sozialistinnen, und das spricht eher gegen eine solche Teilung. Es steht ausser allem Zweifel, und wir alle wissen es, dass viele von ihnen die grössten Verdienste um die Frauen- und Stimmrechtssache haben, und doch muss gesagt werden, dass sie immer, einige Intelektuelle ausgenommen, in erster Linie Parteiangehörige und dann erst Frauenrechtlerinnen sind. Ihre Stellungnahme zu einzelnen Fragen, auch ganz unpolitischer Natur, machen sie immer erst von der Parteiparole abhängig. Der Gedanke liegt nahe, um diesem die Frauensache oft nicht fördernden Verhalten zu entgehen, einfach auch politische Frauenparteien zu gründen. Ich glaube aber, dass man dazu ein entschiedenes Nein sagen muss. Denn dann würden wir ja wieder neben den Männern arbeiten, und wir müssen darnach trachten, miteinander zu schaffen, auf dass wir uns gegenseitig kennen und schätzen lernen. — Es ist denkbar, dass eine solche Trennung später möglich wird, sie aber heute schon zu veranlassen, wäre Torheit, aus Gründen, die Ihnen meine Vorrednerin schon ausgeführt hat.

Nur Mitarbeit in den Männerorganisationen halte ich ebenso nicht für tunlich, weil wir in den Männern in gewissem Sinne (die Anwesenden ausgeschlossen, „sans phrase“) immer Gegner sehen müssen. Was uns Hauptsache ist, kann ihnen nebensächlich vorkommen und umgekehrt, auch bei aller Übereinstimmung der Lebensanschauung. — Ein schneller Rückblick auf die Geschichte lehrt auch, dass sie im gegebenen Moment doch erst für sich sorgen, denken Sie an die französische Revolution. Die französischen Frauen warten heute noch auf die Erfüllung des damals gegebenen Versprechens.

Darum dürfen wir uns nicht etwa verlieren in allgemeinen Parteiinteressen, wir müssen einen eigenen festen Standpunkt uns bewahren, wir müssen eigene Vereine haben, die nur für die Fraueninteressen arbeiten. Ich möchte vor allem im schweizerischen Verband gewissermassen einen „Hort“ sehen, wo sich die verschiedensten Geister treffen können zu gemeinsamem Raten und Taten für die Frauensache. Den einzelnen Mitgliedern aber soll es vorbehalten bleiben, in politischen Männerorganisationen aktiv zu arbeiten, um immer Fühlung zu haben und zu vermitteln zwischen allen Parteien und der Frauenorganisation. — An Orten, wo man noch nicht einmal das passive Wahlrecht hat, soll eine Parteizugehörigkeit unterbleiben bis der Verein erstarkt ist, und bis sich die Notwendigkeit fühlbar macht, wie z. B. in Zürich. — Verehrte Frauen! Mit dem Worte Politik kommt eine neue Aufgabe, kommt ein lauterer Ton in die Vereine als wie bisher. Doch ich bin der Überzeugung, dass dieser Schritt gemacht werden muss, wenn all das Arbeiten und Streben der Frauenbewegung einen Abschluss erhalten soll. Wir dürfen nicht schüchtern sein, wir müssen aus all dem Getanen die Konsequenzen ziehen. Wir müssen in die politische Arena einziehen, wenn wir uns am Kampfe um die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse beteiligen wollen.

Zum Schlusse möchte ich meine Ausführungen noch kurz präzisieren:

1. die Vereine, vor allem der Verband, sollen neutral sein wie bisher;
2. die einzelnen Mitglieder sollen sich an der Arbeit der politischen Parteien beteiligen;
3. dass letzteres möglich wird, soll eine unserer nächsten Aufgaben darin bestehen, dass durch die Anerkennung der Frauenrechtsforderungen in den Parteien unsere Mitgliedschaft möglich wird. Die Sektionen besorgen das kantonal, der Verband bemüht sich um die eidgenössischen Parteien;
4. bei Wahlen und Abstimmungen bildet sich aus Vertreterinnen aller Parteien ein Vertrauensfrauenkomitee, um den feministischen Standpunkt in erster Linie zu wahren.

Geehrte Anwesende: wenn wir nicht ewig Objekt, sondern auch Subjekt der Gesetzgebung sein wollen, so müssen wir den Mut aufbringen, uns mit der hohen Politik anzufreunden. Wer weiss, ob es uns nicht gelingt, aus dem sprichwörtlich gewordenen „politischen, garstigen Liede“ ein melodiöses zu machen?! Unsere Bürgertugenden werden sich entwickeln, und die Parteien werden sie bald nicht mehr missen mögen. Vergessen wir aber dabei nicht unsere eigenen ursprünglichen Aufgaben. Betrachten wir alles immer erst vom Standpunkte des Feministen und dann erst vom Parteistandpunkte aus, dann bin ich der Überzeugung, dass unsere Sache durch die Mitarbeit der Frauen in den Parteien nur gefördert werden kann.

II. Generalversammlung des Schweiz. Verbandes für Frauenstimmrecht

am 17. Mai 1913 in Genf.

Wegen Krankheit der Präsidentin übernimmt der Vizepräsident, Herr de Morsier, das Präsidium und verliest den Jahresbericht. Entschuldigen lassen sich der Stadtrat von Genf und die Sektion Aarau. Zu Ehren des eben verstorbenen Prof. Louis Bridel, eifrigen Verfechters der Frauenrechte, erhebt sich die Versammlung.

Die Quästorin berichtet, dass die Rechnung mit einem Saldo von Fr. 48.— schliesst; für Drucksachen wurden Fr. 298.— ausgegeben.

Es wird die Anregung gemacht, es sollte ein Sekretariat geschaffen werden, von wo aus alle Anfragen beantwortet und hauptsächlich jede falsche Nachricht in der Presse richtiggestellt werden könnte; das Sekretariat, mit dem sich auch eine Propagandazentrale verbinden liesse, die für Vortragende zu sorgen hätte, würde durch eine bezahlte Kraft besorgt. Frau Glättli und Frl. Honegger unterstützen lebhaft diese notwendig gewordene Neuschaffung. Frl. Honegger warnt vor sofortiger Abstimmung darüber, bittet vielmehr, die Anregung durch die

Sektionen gründlicher prüfen zu lassen und das Resultat dem Vorstande vorzulegen, was beschlossen wird. — Die Sektion Bern frägt an, ob es nicht angebracht wäre, dass diejenigen Sektionen, die nicht im Vorstand vertreten sind, das Recht hätten, eine Delegierte mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Zentralvorstandes abzuordnen, um so mehr auf dem Laufenden zu sein. Die Anregung wird dem Vorstand zur Prüfung überwiesen.

Es folgt das Referat von Mme Girardet-Vielle (Lausanne) über die Frauen und die politischen Parteien. Die ausgezeichnete Rednerin führt aus, dass die Idee, sich den politischen Parteien anzuschliessen, keine Utopie mehr sei, und hofft, dass die Gerechtigkeit den als Bürgerinnen arbeitenden Frauen das Stimmrecht verleihen werde. Frau Glättli spricht in ausserordentlich klarer präziser Weise über das gleiche Thema. Wir geben das vorzügliche Referat in extenso wieder. Beide Rednerinnen kommen zu derselben Schlussfolgerung: Die Frauenstimmrechtsorganisationen sollen streng neutral bleiben, die einzelnen Frauen dagegen mögen sich den politischen Parteien anschliessen und an ihrer Arbeit teilnehmen.

Frau Dr. Lenz vom Frauenstimmrechtsverein Zürich meint, hie und da sollten doch auch die Vereine mit einer politischen Partei zusammenarbeiten.

Frl. Honegger berichtet, dass das gleiche Thema am internationalen Frauenstimmrechtskongress in Stockholm behandelt wurde und auch da Einstimmigkeit herrschte, dass die Vereine neutral bleiben sollten, dagegen die Ansichten über die Wünschbarkeit des Eintritts der Frauen in die politischen Parteien weit auseinandergiengen. Sogar in England, wo die Frauen schon am längsten politisch tätig sind, macht sich eine Strömung dagegen geltend. Die Rednerin ist zu der Überzeugung gekommen, dass, wenn praktische Resultate erzielt werden sollen, die Frauen unbedingt nähere Fühlung mit den politischen Parteien suchen müssen, so sehr sie persönlich das bedauert.

Auch könnte darüber beraten werden, ob nicht alle Parteien angegangen werden sollen, das Frauenstimmrecht in ihr Programm aufzunehmen.

Ein Arbeitervertreter betont, dass die bürgerlichen Parteien die Frauenrechte nicht fordern werden und die sozialistische die einzige sei, welche dafür eintritt, daher sollten sich die Frauen der sozialdemokratischen Partei anschliessen. Die bürgerlichen Parten haben kein Verständnis für die arbeitenden Frauen!

Mr. Patru antwortet, dass sie in Bern alles getan hätten, um die Arbeiterinnen zu gewinnen, dass aber die sozialdemokratische Partei dies zu verhindern sucht und nicht mit den Bürgerlichen zusammen arbeiten will, was sie doch über viele Vorurteile hinwegbrächte und über unrichtige Ansichten belehren könnte.

Der Präsident erklärt, dass die Frauenfrage keine Parteifrage sei.

Es wird der Antrag gestellt und angenommen, eine Resolution an die in Biel tagende schweizerische freisinnig-demokratische Partei zu schicken, in der unserer Freude und Genugtuung Ausdruck gegeben wird, dass die beiden Referenten über die staatsbürgerliche Erziehung der Jugend die Forderung aufstellten, dass auch die Mädchen an dieser Erziehung teilnehmen sollen.

Die Sektion Lausanne beantragt, die Frage zu prüfen, ob es wünschenswert wäre, ein Abzeichen zu schaffen.

An dem gemeinsamen Abendessen, das durch ein paar treffliche Tischreden gewürzt wurde, nahmen über 70 Anwesende teil.

In der öffentlichen Versammlung am Abend fiel die angezeigte Ansprache des Herrn de Morsier aus.

Die Präsidentin, Frau v. Arx, welche für einige Stunden das Krankenzimmer verliess, um der Versammlung den angekündigten Vortrag über „Die politischen Rechte der Frau“ zu halten, betonte, dass alle Institutionen auch auf den Schultern der Frauen liegen, und dass von den Ländern, wo die Frauen das Stimmrecht ausüben, berichtet wird, dass die Mitwirkung der Frauen durchaus von gutem Einfluss sei. — Von unserm Verbande teilte sie u. a. mit, dass wir 3 neue Sektionen willkommen heissen dürfen, welche von der unermüdlichen Mme Vuilliomenet von La Chaux-de-Fonds gegründet wurden, sowie eine in St. Gallen. Somit ist die Zahl der Sektionen auf 14 gestiegen mit ca. 2000 Mitgliedern. Dr. Muret von Lausanne berichtet in seinem Vortrag „Die ewig Unmündige“, wie er durch seine Praxis als Arzt dazu gekommen sei, ein Feminist zu werden. Seine Tätigkeit habe ihm Gelegenheit gegeben, all das Unrecht zu beurteilen, unter dem „les éternelles mineures“, die ewig Unmündigen, leiden. Die Gleichberechtigung der Frau sei nur Gerechtigkeit. Er ermahnt die Frauen, sich auszubilden und sich vorzubereiten, um die neuen Rechte und Pflichten würdig ausüben zu können. Seine mit echt französischem „Esprit“ glänzend vorgetragenen Ausführungen wurden oft von Beifall unterbrochen.

Man gieng auseinander voll Befriedigung über die vielen Anregungen, die wir gewonnen, und voll Dank gegen die Sektion Genf, die uns so gastfreundlich aufgenommen. L. L.-B.

Die Schulpflegerwahlen vom 4. Mai.

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben unser Vertrauen nicht getäuscht: in allen Kreisen wurden Frauen in die Schulpflegen gewählt. Allerdings — das müssen wir hier konstatieren — ist es vor allem aus die sozialdemokratische Partei gewesen, die den Frauen Platz gemacht hat, und sie hat auch als einzige eine Frau in die Zentralschulpflege gewählt. Immerhin wollen wir mit diesem ersten Erfolge zufrieden sein. Es liegt jetzt nur an den gewählten Frauen zu zeigen, was sie leisten können, und die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen. Aber eins hat uns diese Wahl mit überzeugender Klarheit vor Augen geführt: dass mit dem passiven Wahlrecht noch wenig erreicht ist. Wohl können wir Kandidatinnen aufstellen, aber es hängt ganz vom Belieben der Männer resp. der politischen Parteien ab, ob sie sie akzeptieren wollen. Wir können nicht einmal in den Kreisversammlungen für unsere Nominationen eintreten und sie empfehlen. So konnte es vorkommen, dass unsere vorzüglichste Kandidatin nicht portiert wurde, weil — wie uns nachher gesagt wurde — niemand sie gekannt habe. Wir müssen also unbedingt, wenn wir auf diese Wahlen Einfluss gewinnen wollen, engere Fühlung mit den politischen Parteien und Eintritt in dieselben zu gewinnen suchen. Nur so können wir bei künftigen Wahlen hoffen, mit all unsern Kandidatinnen durchzudringen. Und im weitern müssen wir mit allen Kräften nach dem aktiven Wahlrecht streben, das die notwendige Ergänzung — eigentlich Voraussetzung — des passiven bildet. Wenn die Männer gesehen haben, wie wenig sie es zu bereuen haben, uns das passive Wahlrecht gegeben zu haben, werden sie auch bereit sein, uns das aktive zuzugestehen.

Ein welscher Frauentag.

Am 1. Mai fanden sich in Yverdon etwa 100 Frauen aus den Kantonen Waadt, Genf und Neuenburg zusammen zu freundschaftlichem Gedankenaustausch und gemeinsamer Verständigung.

Die Idee zu dieser Tagung war von Genf ausgegangen und hatte bei den Frauenvereinen der drei Kantone lebhafte Zustimmung gefunden; der Zweck sollte dabei ein doppelter sein. Erstens sollten die Frauen welscher Zunge einander